

kein Gebrauch von ihr gemacht wurde. Der „Stillstandbetrieb“ der PKA in Gorleben dauert nun schon mehr als 10 Jahre.

Bis heute wird die Option einer PKA in Gorleben bewußt offen gehalten, weil die heiße Inbetriebnahme ohne eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung möglich wäre, merkt die BI an. Die PKA verschaffe dem Standort Gorleben im neuen Endlagersuchverfahren einen Infrastrukturvorteil, den kein anderer Standort in Deutschland hat, und führe damit das angeblich ergebnisoffene Endlager-Suchverfahren ad absurdum. Die PKA wiege bei einer abwägenden Entscheidung zwischen Gorleben und anderen Standort durch ihre faktische Existenz und die Genehmigungslage schwer, auch wenn das StandAG genau diese Infrastrukturvorteile Gorlebens explizit ausschließen möchte.

Die BI fordert deshalb, das NMU solle den Vertrag kündigen beziehungsweise für unwirksam oder gegenstandslos erklären, weil die Vertragsgrundlagen aus dem Jahr 1997 erloschen sind, beziehungsweise sich wesentlich geändert haben. „Ob die Möglichkeit hierzu besteht, werden wir jetzt rechtlich prüfen und erwarten das auch vom NMU“, erklärte Ehmke. In dem Fachgespräch Anfang Februar 2014 erwartet die BI Klarheit.

Die PKA ist hauptsächlich dafür ausgelegt und gebaut worden, um am Standort Gorleben Brennelemente aus (kleinen) IIA Castoren oder NT11-Behältern (für 5 bzw. 7 Brennelemente) in große Behälter zur weiteren Zwischenlagerung umzuladen und um Brennelemente aus Transport- und Lagerbehältern (CASTOR oder andere) zu entnehmen und für die Endlagerung im Salzstock Gorleben zu konditionieren.

Das StandAG sieht hingegen ein völlig neues Suchverfahren vor, in dem angeblich das

Wirtsgestein, der Standort und die Einlagerungsbedingungen (rückholbar oder nicht etc.) noch gar nicht feststehen, so dass die PKA in ihrer jetzigen Bauart am Standort Gorleben überhaupt keinen Sinn macht und die Endlagerungsbedingungen für den später ausgewählten Standort (Salz, Ton, Kristallin) zu ganz anderen Einlagerungstechnologien und Ausgestaltungen der Abfallgebände führen können, konstatiert die BI. Schon heute gebe es neue Konzepte, für die die PKA nicht ausgerüstet ist. Die Castoren seien zudem heute sämtlich größer als bei der Auslegung und Konzeption der Anlage gedacht (es gibt unter anderem zu kleine Pufferlager), die Anlage entspreche nicht mehr dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik. ●

Atommüll

Die Atommüll-Verpackung in Duisburg soll bis 2022 enden

Nach einem zweiten Gespräch am 10. Dezember 2013 von Düsseldorfer Regierungsvertretern, Landtagsvertretern von Nordrhein-Westfalen und örtlichen Vertretern des Umweltverbandes BUND mit der Geschäftsführung der Gesellschaft für Nuklear-Service mbH (GNS), Betreiberin der Atommüll-Konditionierungsanlage in Duisburg, zeichnet sich ab, daß der Rückbau der Anlage im Duisburger Wohngebiet im Jahr 2022 beginnen kann. Nach einem ersten Gespräch im April 2013 hatte die GNS erklärt, daß sie prinzipiell bereit sei den Standort Duisburg aufzugeben, wenn ein Standort mit mehr Platz zur Verfügung stünde, der die gleichen Verkehrsanbindungen biete wie bisher, und wenn jemand den Umzug finanziere. Bisher gab es kein festes Datum. Dazu erklärte Hans Chri-

stian Markert, Sprecher für Anti-Atompolitik der Grünen Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen (NRW), der an den Gesprächen teilgenommen hatte, in einer Pressemitteilung vom 11. Dezember 2013: „Die GNS hat signalisiert, daß sie den Vertrag für den Betrieb der Anlage in Duisburg nicht über das Jahr 2025 hinaus verlängern will. Wir sind optimistisch, daß der drei Jahre dauernde Rückbau der Anlage spätestens 2022 beginnen wird.“

Der Pachtvertrag mit der GNS für das Gelände läuft noch bis 2025 und die Genehmigung zum Betrieb der Anlage gemäß Strahlenschutzverordnung ist bis 2022 gültig. Nach Aussage der GNS würden 3 Jahre zum Rückbau der Anlage benötigt, was bedeutet, daß 2020/21 die letzten Lieferungen zur Konditionierung nach Duisburg kommen würden.

Die rot-grüne Landesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag eine Verlegung der Anlage außerhalb dicht besiedelter Gebiete in Aussicht gestellt. Die Gespräche darüber sollen nun im Frühjahr 2014 fortgesetzt werden.

Die GNS war dagegen Teilnehmerkreisen zufolge bisher nicht bereit mitzuteilen, welche Planungen für einen anderen Standort vorliegen. Man habe sich bei der GNS aber Gedanken gemacht und werde diese voraussichtlich im September 2014 veröffentlichen. Zum Standort habe die GNS lediglich mitgeteilt, daß sie nicht mehr so nah wie bisher an Wohnbebauungen tätig sein wolle und einen Standortsuche, an dem sie akzeptiert würde. Betont worden sei, daß das Kerngeschäft der GNS in Duisburg die Konditionierung der Materialien aus dem laufenden Betrieb der Atomkraftwerke sei. Für den Rückbau sei man sich einig, daß eine Konditionierung an den Standorten – auch mit mobilen Konditionierungsanlagen,

die die GNS ebenfalls besitzt, – sinnvoll sei und weiter geplant würde. „Wenn wir gewußt hätten, daß Fukushima passiert, hätten wir nicht einen Euro mehr in die Anlage in Duisburg investiert“, wird die GNS-Geschäftsführung zitiert. Ihr Hauptaugenmerk sei die Vorbereitung für die Einlagerung in Schacht Konrad gewesen und hier sei nun ja auch alles offen und nicht klar, wann denn eingelagert werden könne.

Wenn Gorleben ausgeschlossen worden wäre, wird die GNS-Geschäftsführung weiter zitiert, hätten sie sich vorstellen können, dort vermehrt Atommüll zu konditionieren und dann die schwach- und mittelradioaktiven Materialien dort einzulagern. Da Gorleben aber nun im neuen Standortauswahlgesetz nicht ausgeschlossen sei, würden sie das nicht weiter verfolgen, da sie nicht mit einer Entscheidung in den nächsten Jahrzehnten rechnen würden. ●

Atommüll

Italien: Erhöhte Krebsraten bei Neapel nach illegaler Entsorgung von deutschem Atommüll

Der italienische Senat untersucht jetzt eine mögliche Verbindung zwischen vergrabene radioaktiven Abfall und einem Anstieg der Zahl der Krebsfälle bei den Bewohnern mehrerer Städte rund um Neapel. Das meldete Daily Mail Online am 1. November 2013. Seit den 1990er Jahren sei ein Anstieg der Krebsraten zu beobachten und zwar um 40 Prozent bei Frauen und um 47 Prozent bei Männern. Der illegale Handel mit gefährlichem Abfall war bereits 1997 öffentlich geworden. Ein Ma-

fia-Clan betrieb ein einträgliches Millionengeschäft, bei dem Millionen Tonnen von Abfall auf landwirtschaftlichen Grundstücken, in Höhlen, Steinbrüchen, an den Stadträndern, im Lucrino-See und entlang der italienischen Küste vergraben worden waren.

Radioaktiver Schlamm, der mit LKWs von Anlagen aus Deutschland angeliefert worden war, sei als Bodenfüllmaterial verwendet worden, sagte dem Bericht zufolge Carmine Schiavone, Cousin des Camorra-Chefs Francesco

Schiavone, der in die illegalen Aktivitäten verwickelt war und nun als Kronzeuge aussagt. „Ich weiß, dass einiges von diesem Müll sich auf Grundstücken befindet, auf denen heute Büffel leben und kein Gras wächst“, wird er zitiert.

Hannah Roberts, Rome: Toxic nuclear waste dumped illegally by the Mafia is blamed for surge in cancers in southern Italy. Daily Mail Online 1. Nov. 2013
<http://www.dailymail.co.uk/news/article-2483484/Toxic-nuclear-waste-dumped-illegally-Mafia-blamed-surge-cancers-southern-Italy.html> ●

Atomwirtschaft

Öffentliche Anhörung zum Verkauf der Urananreicherungsfirma Urenco gefordert

„Stilllegen statt verkaufen“

Nach dem Vorbild der öffentlichen Anhörung im niederländischen Parlament, die am 5. Dezember 2013 in Den Haag stattfand, fordern Umweltverbände, Friedensorganisationen und Anti-Atomkraft-Initiativen von der Bundesregierung, auch im Bundestag eine öffentliche Anhörung zum Verkauf des Urananreicherers Urenco durchzuführen. Dazu sollten auch kritische WissenschaftlerInnen, FriedensforscherInnen und Umweltverbände eingeladen werden, wird in einer gemeinsamen Pressemitteilung des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, des Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, Landesverband NRW (BUND), des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), des Arbeitskreises Umwelt (AKU) Gronau, des Aktionsbündnisses „Stop Westcastor“ Jülich, ROBIN WOOD und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsgegnerInnen NRW (DFG-VK) gefordert.

„Es darf nicht sein, dass der Verkauf hochsensibler, atomwaffentauglicher Atomtechnologie nur unter Berücksichtigung von Wirtschaftsinteressen im stillen Kämmerlein entschieden wird. Was in den Niederlanden öffentlich diskutiert wird, muß auch hierzulande offen auf den Tisch“, so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Strahlentelex hatte von den Absichten des Urenco-Verkaufs bereits berichtet (Nrn. 626-627 v. 7.2. 2013 und 644-645 v. 7.11.2013).

Der Urenco-Verkauf ist „ein Spiel mit dem Feuer“

In Den Haag behauptete Urenco, dass die Urenco-Anteilseigner, darunter RWE und E.ON, Abschlüsse beim Verkaufspreis für Urenco befürchten, wenn es zu einer öffentlichen Sicherheitsdebatte komme. „Hier muß es aber um atompolitische Sicherheit gehen und nicht um Wirtschaftsinteressen. Die Christdemokratische Partei CDA in den Niederlanden bezeichnet den geplanten Verkauf zu

Recht als „ein Spiel mit dem Feuer“. Deshalb muß die Bundesregierung die Verkaufspläne stoppen und statt dessen die Urananreicherung und Zentrifugenherstellung in Deutschland komplett beenden“, forderte Kerstin Ciesla, Landesvorsitzende des BUND NRW.

„Die Urananreicherung ist der einfachste Weg zur Atombombe“

Die deutsch-niederländisch-britische Urenco beherrscht nach eigenen Angaben 31 Prozent des Weltmarktes für Urananreicherung. Allein aus der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau kann jedes zehnte AKW weltweit mit angereichertem Atombrennstoff beliefert werden. Ein zentraler Punkt ist zudem die militärische Dimension der Urananreicherung. Die Zentrifugentechnologie kommt auch

beim Bau von Atombomben zum Einsatz. Urenco entwickelt und baut diese Zentrifugen zusammen mit Areva über das Subunternehmen ETC unter anderem in Jülich und Gronau. Der Chef der Entsorgungskommission der Bundesregierung, Michael Sailer, hatte im April 2013 erklärt: „Die Urananreicherung ist der einfachste Weg zur Atombombe“.

„In den Niederlanden wird über die Gefahr der Weiterverbreitung der atomwaffentauglichen Urananreicherungstechnologie offen debattiert. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung ihre Hinterzimmer-Diplomatie beendet und der Bundestag eingeschaltet wird, um über die erheblichen Risiken zu beraten“, so Dirk Seifert von der Umweltorganisation Robin Wood. ●

Strahlenschutz

Neue EU-Richtlinie zum Strahlenschutzrecht

Der Rat der Europäischen Union (EU) hat am 5. Dezember 2013 eine neue Richtlinie zur „Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung“ verabschiedet. Die Richtlinie berücksichtigt den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisstand und bezwecke einen umfassenden Strahlenschutz, heißt es dazu in einer Mitteilung des Bundesumweltministeriums (BMU). Gleichzeitig wurden die Euratom-Richtlinien über den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und von Arbeitskräften, über den Patientenschutz, den Schutz externer Arbeitskräfte, die Information der Bevölkerung bei radiologischen Notstandssituationen und zur Kontrolle hochradioaktiver Strahlenquellen aufgehoben.

Zu den wesentlichen Neuerungen der jetzt beschlossenen Richtlinie werden gezählt:

- Änderungen im Strahlenschutz bei natürlich vorkommenden radioaktiven Stoffen, die sich in Böden und Gesteinen der Erdkruste finden und infolge industrieller Verarbeitung ein Gesundheitsrisiko darstellen können,
- Maßnahmen zum Schutz vor dem natürlich vorkommenden radioaktiven Edelgas Radon, das an Arbeitsplätzen und in Wohngebäuden auftreten und Lungenkrebs verursachen kann,
- Regelungen zur Bewältigung radiologischer Altlasten,
- Regelungen zur natürlichen Radioaktivität in Baustoffen,
- Vorgaben für die Notfallplanung und eine verstärkte